

Wie gewonnen, so zerronnen

Indiens Wirtschaftswunder am Ende ?

Bernard Imhasly

Ende Mai 2012 passierten die Kongresspartei und ihre Allianzpartner die Zweidrittel-Wegmarke ihrer fünfjährigen Amtszeit – und sie stehen vor einem Trümmerhaufen. Premierminister Singh steht einer Regierung Gevatter, die wie keine zweite von Korruptionsskandalen erschüttert wurde. Statt das fast „chinesisch“ hohe Wachstum von neun Prozent zu verfestigen, fiel es Jahr um Jahr zurück, und erreichte im letzten Quartal 2011/12 noch 5,9 Prozent. Weitere Indikatoren lassen befürchten, dass es bald noch schlimmer kommen wird.

Ist der Honigmond zu Ende? Zwölf Jahre schien sich die Welt vernarrt zu haben in dieses Land, sah in ihm den kommenden asiatischen Giganten. Der Westen brannte darauf, China, dem ungeliebten Großen Bruder aus Fernost, das liebenswerte, demokratische Indien vor die Nase zu setzen. Denn Indien schien endlich die Kurve zu kriegen. Deren enger Radius hatte das Land in der Vergangenheit immer wieder ins Schlittern gebracht. Entweder stand es mit dem Totgewicht seiner Bürokratie auf der Bremse und verfehlte das nötige Wachstum, um aus der Armut zu finden. Oder aber die Regierung gab Fahrt und riskierte vom Wähler aus der Kurve – und dem Steuersitz – geschleudert zu werden.

Die erste Rechtsregierung im neuen Jahrhundert hatte *India Shining* hervorgerufen. Angefeuert vom Erfolg der IT-Industrie war die Werbekampagne so erfolgreich, dass die halbe Welt meinte, Indien habe der Armut den Rücken gekehrt. Dann kam die Kongresspartei an die Macht zurück (2004-2009) und korrigierte das Bild: Der „gewöhnliche Inder“ wurde zum Referenzpunkt, und er war immer noch arm. Mit einem Füllhorn von Armutsprogrammen sollte die Sonne der Prosperität auch auf ihn herunterscheinen.

Singh im Spagat

2009 gab der Wähler dem Kongress ein zweites Mal die Chance, die bei-

den Eckpunkte der indischen Politik – Armutsbekämpfung und Wachstum – zu vermählen. Neue Sozialgesetze und Armutsprogramme sollten einhergehen mit einem Reformschub, der das nötige Geld dafür locker machte. Er würde das Land vor einer Schuldenspirale bewahren, die beides – Wachstum und Armutsbekämpfung – aufs Spiel setzen könnte. Und wer konnte den Spagat besser meistern als Manmohan Singh, ein Entwicklungsökonom *par excellence* und zudem der Reformers der ersten Stunde?

Ende Mai 2012 passierten der Kongress und seine Allianzpartner die Zweidrittel-Wegmarke ihrer fünfjährigen Amtszeit – und sie stehen vor einem Trümmerhaufen. Premierminister Singh steht einer Regierung Gevatter, die wie keine zweite von Korruptionsskandalen erschüttert wurde. Statt das fast „chinesisch“ hohe Wachstum von neun Prozent zu verfestigen, fiel es Jahr um Jahr zurück, und erreichte im letzten Quartal 2011/12 noch 5,9 Prozent. Die anderen Indikatoren lassen befürchten, dass es bald noch schlimmer kommen wird, selbst wenn Euro- und Irankrise glimpflich verlaufen sollten: die Industrieproduktion zeigt ein negatives Wachstum, die Inflation liegt hartnäckig im zweistelligen Bereich, die Handels- und Leistungsbilanz ist tief in den roten Zahlen, das Staatsdefizit doppelt so hoch als es sein sollte. Und die Subventionen erreichen neue

Spitzenwerte, nicht nur bei den Armutsprogrammen, auch die Benzinpreise, klassische Mittelklasse-Pfründe, werden weiterhin „gestützt“, laut Schätzungen im Umfang von neun Milliarden US-Dollar.

Was ist geschehen? Die Regierung, die 2009 antrat, war eine müde und verbrauchte Ansammlung alter Männer. Die Hälfte des Kabinetts ist 70 Jahre alt und älter. Der Verteidigungsminister ist 71, der Finanzminister 77, Außenminister Krishna ist 80, und Manmohan Singh steht kurz davor. Dies in einem Land, in dem die Hälfte der Bevölkerung 25 und jünger ist. Natürlich sitzen auch junge Politiker in der Regierung. Aber sie halten sich zurück, um dem jungen Kronprinzen Rahul Gandhi auf seinem Weg zur Macht ja nicht vor der Sonne zu stehen.

Dieser schlägt sich mit Verve in die Dörfer und Wahlkämpfe, kassiert aber Niederlage um Niederlage. Im Parlament glänzt er durch Abwesenheit, es sei denn, er macht plötzlich eine dramatische Ankündigung, bevor er wieder abtaucht. Manmohan Singh, scheu und willfährig, hält sich zurück, kassiert Beschimpfungen, während seine Minister zu Parteipräsidentin Sonia Gandhi schielen. Er ist schließlich Premierminister von ihren Gnaden. Aber auch Gandhi, Indiens mächtigste Politikerin, regiert per Komitee und Emissäre, sie hüllt sich in vielsagendes Schweigen, immer noch verunsichert

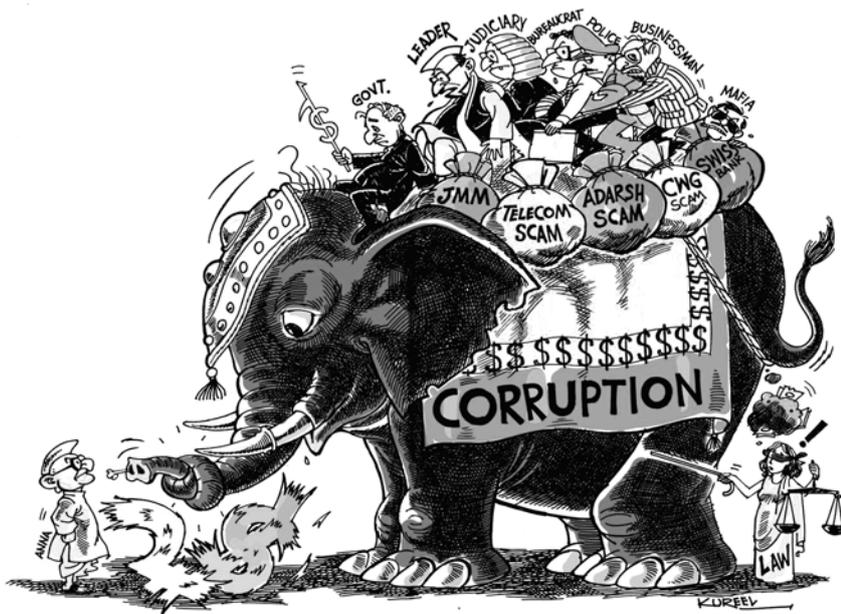


Bild: Kureel, Kureel's Corner bei „India Against Corruption“ auf www.facebook.com

vom Stigma ihrer ausländischen Geburt. Die regionalen Koalitionsparteien lassen derweil keine Gelegenheit aus, ihren Seniorpartner zu schröpfen.

Nun ist auch das Ausland aufgeschreckt

Die Politik hat sich in die Verwaltung des Status quo zurückgezogen, statt zu führen. Wütend ob seiner Impotenz schlägt der Staat auf die Schwächsten ein, um sein Mütchen zu kühlen. Kleine NGOs werden aus dem Verkehr gezogen, weil sie gegen Atomkraftwerke mobilisieren; Polizeioffiziere, die liberale Sympathisanten der Maoisten foltern, erhalten aus der Hand der Präsidentin Ehrenmedaillen ans Revers geknüpft. Der Finanzminister, der verzweifelt versucht, die Löcher in seinem Budget zu stopfen, greift auf Ladenhüter der sozialistischen Ära zurück, um per Dekret neue Einnahmen „zusammenzukehren“.

Dies hat nun auch das Ausland aufgeschreckt. Bisher wurde die Kritik der indischen Privatindustrie überlassen: Blockierte Infrastrukturprojekte; Investitionshürden im Einzelhandel, bei Versicherungen und Banken; ein endloses Palaver über die Einführung der Mehrwertsteuer; Milliarden, die

in Prestigeobjekte wie *Air India* hineingebuttert werden. All dies gehört schon lange zum Klagelied der Industrieverbände.

Nun hat Finanzminister Mukherjee im jüngsten Budget auch die Auslandsinvestoren herausgefordert. Auf der verzweifelten Suche nach Steuereinnahmen wurde er bei *Vodafone* fündig, dem zweitgrößten Mobilfunk-Betreiber des Landes. Dieser hatte vor sechs Jahren über eine Holdingfirma in Holland die Aktienmehrheit des Konkurrenten *Hutchison-Essar* gekauft, die die Hongkong-Firma auf den Cayman-Inseln parkiert hatte. Prompt wurde *Vodafone* mit einer Steuerforderung von zwei Milliarden US-Dollar belegt. *Vodafone* legte Berufung ein, und das Oberste Gericht gab der Firma recht: Das indische Gesetz erlaubt dem Staat nicht, Steuern zu erheben, wenn zwei ausländische Gesellschaften außerhalb Indiens eine kommerzielle Transaktion abwickeln.

Die Ohrfeige weckte im Finanzminister die Instinkte der alten Kommandowirtschaft. Er kündigte eine Gesetzesänderung an, die Lücke wurde geschlossen und zwar retrospektiv (bis 1964)! Es hagelte Proteste aus dem Aus- und Inland. Indien durchlöchere

mit diesem Brachialakt die Verlässlichkeit seiner Gesetze, es setze die demokratische Gewaltenteilung in Frage und schwäche damit die Justiz als Institution. Darauf Mukherjee, kurz und bündig: Das Parlament habe den Auftrag, Recht zu schaffen – die Gerichte nur jenes, es zu interpretieren.

Plötzlich ist die Stimmung umgeschlagen – zu Recht, denn die Rechtsicherheit war bisher eine der Trumpfkarten gegen China im Wettstreit um Auslandskapital. Die Rating-Agenturen, diese Verkehrshüter der internationalen Kapitalflüsse, kündigten eine Tieferbewertung des Währungsrisikos an. Die Devisenmärkte folgten, und seit Mitte Mai 2012 wird die Rupie gnadenlos heruntergehämmert. Sie verlor in kurzer Zeit zehn Prozent gegen den Dollar.

Allerdings: Eine griechische Tragödie wird Indien erspart bleiben. Denn so irrational die Euphorie über das indische Wirtschaftswunder gewesen war, so falsch wäre nun ein Vergleich mit der Euro-Krise. Indien wird weiterhin um über fünf Prozent wachsen, der Binnenmarkt ist riesig, der Investitionsbedarf ist enorm, und die endemische Armut ist auch eine Triebfeder, ihr zu entfliehen. Viel wahrscheinlicher ist also, dass das Mahabharata, Indiens klassisches Epos, den Skript liefern wird. Dort verwüstet die Fehde zwischen verschwägerten Fürsten-Clans das reiche Land. Auch heute blockiert sich das politische System in einem Exzess an parteipolitischen und sozialen Ausmachungen. Die Regierung wird zu einer Verteilmaschine, um die nächste Wahlhürde zu nehmen. Statt gemeinsam am demokratischen Strick zu ziehen, binden sich die Politiker damit Schlingen um den Hals.

Zum Autor

Der 1946 geborene Walliser Bernard Imhasly arbeitete von 1990 bis 2007 als Südostasien-Korrespondent für die NZZ. Der studierte Linguist und Ethnologe Imhasly lebt seit 1984 in Indien, er ist mit einer Inderin verheiratet. Zurzeit lebt Imhasly in der Nähe von Mumbai.